

«Je nach Anliegen ist es besser, zu demonstrieren»

Uster Als erste Gemeinde im Kanton führt Uster einen Jugendvorstoss ein. Der städtische Jugendbeauftragte Andreas Wyss sagt im Interview, welche Bedeutung das neue Instrument für die Jugend haben kann.

Laura Cassani

Andreas Wyss, die Ustermer Bevölkerung hat Ja gesagt zur Einführung eines Jugendvorstosses. Ist dies unter den Jugendlichen in der Stadt überhaupt ein Thema?

Breit diskutiert wurde der Jugendvorstoss im Vorfeld der Abstimmung sicher nicht. Es war wohl eher so, dass einzelne Jugendliche von Erwachsenen darauf aufmerksam gemacht wurden, dass sie bald ein solches Instrument zur Verfügung haben könnten.

Müssen Sie also für den Jugendvorstoss Werbung machen?

Wir werden nun zuerst ausarbeiten, wie der konkrete Ablauf bis zu einem fertigen Postulat aussehen soll. Und dann werden wir die Öffentlichkeit und insbesondere auch die Jugendlichen darüber informieren. Wenn wir über den Jugendvorstoss reden, werden wir sicher auch immer darauf aufmerksam machen, dass politische Teilnahme grundsätzlich auch anders möglich ist.

Indem die Jugendlichen zum Beispiel für ihre Anliegen auf die Strasse gehen, wie derzeit im Zuge der Klimaproteste?

Je nach Anliegen bietet es sich an, zu demonstrieren, einen Informationsstand aufzustellen, direkt mit Politikerinnen und Politikern zu reden – oder eben einen Vorstoss zu lancieren. Der Jugendvorstoss ist ein Puzzleteil der politischen Mitwirkung. In der Politik geht es ja immer um

Macht, auch wenn dies nicht gerne zugegeben wird. Unabhängig vom konkreten Instrument müssen Jugendliche diese Macht aufbauen, sie müssen Formen finden, um sich politische Bedeutung zu erkämpfen. Dies tun sie derzeit mit den Klimademos.

Die Jugendvorstoss-Vorlage sieht vor, dass Sie als Jugendbeauftragter die Jugendlichen beim Verfassen begleiten. Wie muss man sich diesen Prozess vorstellen?

Es kommt darauf an, wie fit ein Jugendlicher in Sachen Politik schon ist. Je nachdem braucht er mehr oder weniger Hilfe. Wir wollen den Ablauf grundsätzlich so gestalten, dass die Jugendlichen möglichst selbstständig einen Vorstoss verfassen und verabschieden können.

Es müssen mindestens 20 Jugendliche gemeinsam den Jugendvorstoss einreichen. Werden Sie bei der Organisation der notwendigen Versammlung helfen?

Dass es eine Versammlung braucht, wurde vom kantonalen Gemeindeamt so vorgeschrieben. Ich werde die Jugendlichen gerne bei der Organisation unterstützen. Solche Versammlungen können eine Chance sein: Hier wird ein Anliegen vielleicht noch einmal kontrovers diskutiert – was dann sogar mehr zur Politisierung und zur Vernetzung der Jugendlichen beitragen könnte, als der Vorstoss an sich.

Werden Sie auch direkt auf Jugendgruppen zugehen und



«Für viele Jugendliche sind die grossen Themen wichtig: der Weltfrieden oder die Klimakrise zum Beispiel.»

diesen vorschlagen, einen Vorstoss zu lancieren?

Nein, das wäre eine unzulässige Beeinflussung. Ich bin ja ein Mitarbeiter der Verwaltung und der Neutralität verpflichtet.

Im Kanton Zürich ist Uster die erste Stadt, die einen Jugendvorstoss einführt. Andernorts gibt es bereits die sogenannte Jugendmotion, zum Beispiel in Bern und Thun. Wird das Instrument dort rege genutzt?

Das Bedürfnis danach ist offenbar nicht sehr gross. Es gab aber vereinzelt schon Vorstösse, die dann tatsächlich eine politische Wirkung hatten. Nur schon deshalb ist es wichtig, dass es diese Mitwirkungsmöglichkeit gibt.

Weshalb ist das Interesse Ihrer Meinung nach so spärlich?

Oft geht es um Fragen der Zuständigkeit. In Uster muss der Jugendvorstoss zum Beispiel in der Zuständigkeit des Gemeinderats liegen. Für viele Jugendliche sind aber die grossen Themen wichtig: der Weltfrieden oder die Klimakrise zum Beispiel. Dafür ist

die Kommunalpolitik meist nicht der richtige Ort.

Wie politisch ist denn Ihrer Meinung nach die Ustermer Jugend?

Ich erlebe die Jugend allgemein als äusserst gestaltungswillig – Politik ist ja nichts anderes als die Gestaltung des Umfelds. Teilweise kommt das Politische in einer anderen Form daher und wird über andere Kanäle ausgetragen, als wir Erwachsenen es gewohnt sind. Wie wir bei den Klimastreiks gesehen haben, ist das Potenzial zur Mitgestaltung der Welt jedoch durchaus vorhanden. Dies ist auch in Uster nicht anders.

Sie erwarten aber in Uster trotzdem keine Flut von Jugendvorstössen?

Ich bin selbst gespannt, wie sich die Annahme der Vorlage auf die Ustermer Politik auswirken wird. Ich rechne damit, dass der eine oder andere Vorstoss eingereicht wird. Aber ich gehe nicht davon aus, dass sich der Gemeinderat künftig nur noch mit Jugendvorstössen beschäftigen muss.

20 Jugendliche für ein Postulat

Eine deutliche Mehrheit der Ustermer Stimmbevölkerung sprach sich für die Einführung eines sogenannten Jugendvorstosses aus. Die Gemeindeordnung wird nun entsprechend geändert.

Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren mit Wohnsitz in Uster können künftig ein Anliegen in Form eines Postulats im Gemein-

derat einreichen. Der Gegenstand des Vorstosses muss im Zuständigkeitsbereich des Gemeinderats liegen. Das Anliegen muss in einer Versammlung von mindestens 20 Jugendlichen verabschiedet worden sein, wobei der Jugendbeauftragte der Stadt die Politik-Neulinge in ihrem Vorhaben unterstützen kann. (zo)